



## BRIEF AUS BERLIN – NR. 12/2018

### Inhalt

- + Enquetekommissionen eingesetzt
- + Pflegeberufereform geht weiter
- + Mensch und Wolf in Deutschland
- + Aufgabenplanung der Deutschen Welle
- + Deutschland im UN-Sicherheitsrat
- + Atomausstieg umsetzen
- + Mit Franziska Giffey im Gespräch
- + Austausch mit der Filmwirtschaft
- + Gespräch mit dem Projektträger DLR
- + Ausschreibung der Filmwirtschaft
- + Jugendmedienworkshop

### Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

deutsche und internationale Medien schauen gespannt auf die Union, die mit ihrem internen Machtkampf die gesamte Bundesrepublik und Europa gleich mit in Geiselhaft nimmt. Der Streit in der Union blockiert wichtige Projekte, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. In 100 Tagen haben unsere Minister viel erreicht: die Musterfeststellungsklage sowie die Brückenteilzeit. Jetzt ist gerade das Familienentlastungsgesetz von Olaf Scholz zur finanziellen Unterstützung von Familien auf dem Weg – mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages. Wir wollen das Land voranbringen und hoffen, die Union besinnt sich auf ihren Wählerauftrag!

Im Plenum des Deutschen Bundestages wurde diese Woche unter anderem über die Einsetzung von zwei Enquetekommissionen zur Beruflichen Bildung und Künstlicher Intelligenz, die Aufgabenplanung der Deutschen Welle für die kommenden vier Jahre, die Verordnungen zur Reform der Pflegeberufe, das Wolfsmanagement in Deutschland, die Beschleunigung des Atomausstiegs und über einen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat abgestimmt.

Zum Gespräch traf ich diese Woche unter anderem die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) sowie Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt. In dieser Ausgabe möchte ich auch auf zwei Ausschreibungen aufmerksam machen: Der Jugendmedienworkshop des Bundestages und der Wirtschaftsfilmpreis sind gute Gelegenheiten, Kenntnisse zu erweitern bzw. einem breiteren Publikum bekannt zu werden. Beides verbindet, dass Leidenschaft und Engagement entscheidend für die erfolgreiche Teilnahme sind.

Nun wünsche ich Ihnen/Euch allen ein angenehmes Wochenende und viel Freude bei der Lektüre!

Martin Rabanus, MdB

## Bundestag beschließt Enquete-Kommission zur Beruflichen Bildung und Künstlichen Intelligenz



Diese Woche haben wir im Deutschen Bundestag über die Einrichtung von zwei Enquete-Kommissionen beraten. Ziel von Enquete-Kommissionen ist es, drängende und komplexe Zukunftsfragen interfraktionell und gemeinsam mit externen Sachverständigen umfassend zu bearbeiten, um damit politische Entscheidungen sachgerecht vorzubereiten. Im Fokus steht hierbei, juristische, ökonomische, soziale und ethische Aspekte abzuwägen und vorerst möglichen zukünftigen politischen Handlungsbedarf zu identifizieren.

Auf Initiative der Koalitionsfraktionen soll in dieser Legislatur die Bearbeitung von zentralen Zukunftsfragen der Digitalisierung in zwei Enquete-Kommissionen angegangen werden: [„Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“](#) und [„Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale“](#).

Beide Enquete-Kommissionen werden aus jeweils 19 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und 19 externen Sachverständigen bestehen und ihre Arbeit nach der Sommerpause aufnehmen.

## Ausbildung in Pflegeberufen attraktiver machen – Verordnungen verabschiedet



Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag über die Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe beraten und damit die Weichen für einen guten Start der neuen Pflegeausbildung gestellt. Durch die künftig generalisierte Ausbildung werden die Pflegeberufe modernisiert und attraktiver gemacht. Die bisher getrennt geregelten Ausbildungen in der Altenpflege und der Kranken- und Kinderkrankenpflege werden zusammengeführt. Übergangsweise wird es im dritten Ausbildungsjahr eine Wahlmöglichkeit für eine spezialisierte Ausbildung in der Alten- und Kinderkrankenpflege geben.

Mit der neuen Pflegeausbildung wird das Schulgeld endlich bundesweit abgeschafft und die Zahlung einer angemessenen Ausbildungsvergütung sichergestellt. Niemand muss sich mehr die Frage stellen, ob er oder sie sich eine solche Ausbildung leisten kann. Wir werten den gesamten Berufszweig auf. Das ist die richtige Antwort auf den Fachkräftemangel in der Pflege. Der abgestimmte Verordnungsentwurf kann [hier](#) eingesehen werden.

## Mensch und Tier im Einklang: Lebensraum des Wolfs bewahren – Weidetiere schützen



Der Wolf ist ein gesetzlich geschütztes Tier. Er ist seit dem Jahr 2000 wieder bei uns heimisch. Die einen freuen sich darüber, andere wiederum treibt die Sorge um die Sicherheit von Weidetieren und Menschen um. Die zunehmende Ausbreitung des Wolfes, zur Zeit 60 Rudel, einige Paare und Einzeltiere, soll deshalb von verschiedenen Maßnahmen begleitet werden, die den Interessen von Mensch und Tier gerecht werden sowie die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland begleiten.

In einem gemeinsamen [Antrag](#) der Koalitionsfraktionen begrüßen wir die bisher geleistete Arbeit und fordern die Bundesregierung zu weiteren konkreten Maßnahmen auf.

So sollen Investitionen in Schutzmaßnahmen (Zäune und Herdenschutzhunde) unterstützt werden und die Dokumentations- und Beratungsstelle des Bundes zum Thema Wolf (DBBW) weiterfinanziert werden, um eine verlässliche Datengrundlage für Maßnahmen zum Schutz von Herden zu erhalten. Diese und weitere Maßnahmen sollen sicherstellen, dass der Wolf als geschütztes Tier leben kann, gleichzeitig aber die Interessen von Weidetierhalterinnen und -haltern gewahrt bleiben.

## Aufgabenplanung der Deutschen Welle erhält Zustimmung des Deutschen Bundestages



Diese Woche stand unter anderem die Aufgabenplanung 2018-2021 der Deutschen Welle auf der Agenda des Plenums. Alle vier Jahre muss die Deutsche Welle der Bundesregierung und dem Bundestag ihre Vorhaben darlegen und es wird Stellung dazu bezogen. Erfreulicherweise setzt die Deutsche Welle, für die ich im Ausschuss für Kultur und Medien Berichterstatter bin, ihre gute Arbeit der letzten Jahre fort und legt ein überzeugendes Programm vor: Seitens des Bundestages hat sie hier die richtigen Prioritäten bei den Regionen und Projekten gesetzt. In unserem [Entschließungsantrag](#) betonen wir diese positive Entwicklung und befürworten hierin auch den Aufbau eines türkisch-sprachigen Senders („DW Turk“) als einen der Aufgabenschwerpunkte. Aufgrund der hohen Glaubwürdigkeit der Deutschen Welle mit 96 Prozent gegenüber 70 Prozent im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk und ihrer enormen Bedeutung in puncto Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Welt, bekräftigen wir in dem Antrag die Notwendigkeit eines finanziellen Aufwuchses.

*Meine Plenarrede dazu gibt es [hier](#).*

## Deutschland im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – Reformen umsetzen



Deutschland ist am 8. Juni 2018 zum sechsten Mal als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt worden. Es ist das einzige Gremium der Vereinten Nationen, das völkerrechtlich verbindliche Entscheidungen treffen kann. In unserem [Antrag](#) fordern wir, gemeinsam mit der Union, die Bundesregierung auf, die zweijährige Mitgliedschaft ab 2019 dazu zu nutzen, notwendige Reformen des Sicherheitsrats voranzutreiben und sich aktiv an der Erarbeitung friedenspolitischer Maßnahmen zu beteiligen. Wir unterstützen ausdrücklich die französische Initiative, nach der sich die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats verpflichten, bei der Bekämpfung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen auf ihr Veto zu verzichten. Zudem fordern wir die Bundesregierung auf, politische Lösungen für den Konflikt in Syrien voranzutreiben, sich für einen Blauhelmeinsatz in der Ukraine einzusetzen, die Aufrechterhaltung des Atomabkommens mit dem Iran zu unterstützen und sich in die Debatte zu Konzepten der Friedenssicherung einzubringen. Wir setzen uns auch für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat ein, solange es keinen ständigen Sitz der EU gibt.

## Bundestag billigt Ausgleich für Kraftwerksbetreiber – den Ausstieg weiter im Fokus



2011 wurde der beschleunigte Atomausstieg per Gesetz beschlossen. Donnerstag beschloss der Bundestag dazu ein [Änderungsgesetz](#). Das Gesetz, das feste Abschaltzeiten für die deutschen Atomkraftwerke festlegte, war nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima von Schwarz-Gelb verabschiedet worden, mit unserer und der Unterstützung von Bündnis 90/Die Grünen. Die nur wenige Monate zuvor von Union und FDP beschlossene Laufzeitverlängerung wurde damit rückgängig gemacht. RWE und Vattenfall verklagten die Bundesregierung auf Schadensersatz und bekamen vor dem Bundesverfassungsgericht 2016 Recht. Den Unternehmen wurde wegen der zuvor zugesagten Laufzeitverlängerung und deswegen getätigte Investitionen eine Entschädigung zugesprochen. Die Gesetzesänderung sieht für die Stromkonzerne eine Entschädigung von rund einer Milliarde Euro vor, abhängig von den bis 2023 tatsächlich nicht produzierbaren Reststrommengen. Mit der Entscheidung für einen finanziellen Ausgleich machen wir klar: Wir halten an dem Zeitplan für den Atomausstieg ohne Wenn und Aber fest. Längere Laufzeiten sind für uns keine Alternative.

## Netzwerk Mittagskoordination mit Franziska Giffey: Engagement für Familie und Bildung!



Diese Woche hatte das Netzwerk Berlin unsere neue Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) zu Besuch bei der Mittagskoordination. Bei der von den Mitgliedern des Netzwerk Berlin gut besuchten Veranstaltung stellte sie uns ihre Vorhaben für diese Legislaturperiode vor. Ihre Schwerpunktthemen sind Bildung und Schule, Familie und Kinder. So lautet ihre übergeordnete Überschrift für alle ihre Vorhaben: "Alle Kinder stark machen!"

Das geht in erster Linie mit der Einführung einer Kitapflicht ab 3 Jahren, denn eine gute Vorbereitung auf den Schulbesuch in der Kita ist zielführender als die frühe Einschulung. Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung eines Kindes, daher sollten auch die Ganztagschulen gefördert werden und soziale Brennpunkte in Städten besonders stark und integrativ gefördert werden.

Franziska Giffey ist seit 2015 Bürgermeisterin des Berliner Bezirks Neukölln und wurde zuvor im Jahr 2014 zur Kreisvorsitzenden der SPD Neukölln gewählt. Mit 29 Jahren trat Giffey 2007 in die SPD ein.

## Filmpolitisches Gespräch mit der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft



Als Sprecher für Kultur und Medien stand auch in dieser Sitzungswoche der Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern des Kulturbereiches auf dem Programm.

Heiko Wiese (Beauftragter), Julia Paiseczny (European Affairs) und Carolin Lindenmaier (Politische Referentin) legten mir im Gespräch die aktuellen Probleme und Herausforderungen der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) dar.

Die SPIO vertritt die Interessen der deutschen Film-, Fernseh- und Videowirtschaft und fungiert als Dachverband von derzeit 20 Berufsverbänden. Zudem repräsentiert sie mehr als 1100 Mitgliedsfirmen und unterhält mit der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) die älteste Einrichtung dieser Art in Deutschland.

Die Frage nach den Auswirkungen des novellierten Telemedienauftrags auf die Kreativbranche beschäftigt die Mitglieder der SPIO derzeit ebenso wie die Frage nach der Wertschöpfung und einer bestmöglichen Erschließung von Online-Märkten.

## Gespräch mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Bundestag



Am Donnerstag sprach ich als Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR). Anlass des Gesprächs war die Einsetzung einer Enquete-kommission zur Künstlichen Intelligenz. Im Zentrum der Diskussion standen entsprechende Themen wie Big Data, Deep Learning sowie die Auswertung von Daten zur optimalen Nutzung zu Forschungszwecken.

Das DLR ist das Forschungszentrum der Bundesrepublik Deutschland für Luft- und Raumfahrt sowie Energietechnik, Verkehr und Sicherheit im Bereich der angewandten und Grundlagenforschung. Der Hauptsitz ist in Köln und es ist an 19 nationalen und 4 internationalen Standorten vertreten. Bei seinen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten kooperiert das DLR weltweit mit anderen Forschungseinrichtungen und der Industrie.

Das DLR ist nicht nur Forschungseinrichtung, sondern auch Projektträger und betreut deutschland- und europaweit rund 10.000 Vorhaben pro Jahr.

## Ausschreibung der Filmwirtschaft – Deutscher Wirtschaftsfilmpreis 2018



Es ist Startschuss zum 51. Deutschen Wirtschaftsfilmpreis im Jahr 2018! Das Medium Film ist sehr gut dazu geeignet zu zeigen, wie spannend wirtschaftliche Vorgänge sein können. Mit dem Wirtschaftsfilmpreis will das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge befördern und darüber hinaus zur Filmförderung in Deutschland beitragen. Das BMWi freut sich über alle Kreativen der Film- und Medienbranche, die sich mit ihren Einreichungen am diesjährigen 51. Filmwettbewerb beteiligen. Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis 2018 wurde konzeptionell verändert und wird für herausragende filmische Darstellungen in den folgenden fünf Kategorien vergeben: 1. Wirtschaft gut erklärt; 2. Wirtschaft gut präsentiert; 3. Filme innovativ produziert; 4. Nachwuchspreis; 5. Jurypreis (jährlich optional). Die besten Nachwuchsfilme werden mit Geldpreisen in Höhe von insgesamt 20.000 Euro ausgezeichnet.

Kostenlose Anmeldungen zum Wettbewerb und weitere Informationen finden Sie auf

[www.deutscher-wirtschaftsfilmpreis.de](http://www.deutscher-wirtschaftsfilmpreis.de)

*Anmeldeschluss ist der 29. Juli 2018!*

## Jugendmedienworkshop 2018: Journalistischer Nachwuchs im Deutschen Bundestag



Vom 25.11.-01.12.2018 findet im Deutschen Bundestag ein Workshop für junge Medienmacherinnen und Medienmacher zwischen 16 und 20 Jahren statt. Zum fünfzehnten Mal lädt der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland e. V. 30 Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten zu einem einwöchigen Workshop nach Berlin ein. Unter der Schirmherrschaft von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, erwartet die Jugendlichen ein abwechslungsreiches Workshop-Programm zum medialen und politisch-parlamentarischen All-tag in der Bundeshauptstadt. Sie werden in einer Redaktion hospitieren, mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutieren, Plenarsitzungen besuchen und an der Erstellung einer eigenen Zeitung mitarbeiten. Unter dem Titel „Zwischen Krieg und Frieden“ werden sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Rahmen des Workshops mit Krieg und Frieden, aber auch mit deren Übergängen auseinandersetzen. Interessierte Jugendliche können sich unter <http://www.jugendpresse.de/bundestag> bewerben. Bewerbungsschluss ist der 14. September 2018.

## Pressemitteilung

[27.06.2018 – Deutlich mehr Mittel für Kultur und Medien im Haushalt 2018](#)

[22.06.2018 – Neue Doppelspitze für die Berlinale: eine gute Wahl](#)

## Termine

11.-15.06.2018 – Sitzungswoche im Deutschen Bundestag in Berlin

*- Kursive Termine sind öffentlich -*

### **In eigener Sache:**

#### **Hinweis zur Datenschutzgrundverordnung**

Sie erhalten diese Email, weil Sie Mitglied der SPD im Wahlkreis 178 sind, Sie sich über das Kontaktformular auf der Homepage angemeldet haben oder weil Sie sich zu Veranstaltungen (z. B. Berlinfahrten) angemeldet haben und zugestimmt haben, dass ich Sie per Mail über meine politische Arbeit informiere. Sollten Sie der Speicherung Ihrer Emailadresse für den Versand des *Brief aus Berlin* widersprechen wollen, schicken Sie bitte einfach eine Mail an [martin.rabanus@bundestag.de](mailto:martin.rabanus@bundestag.de) – Vielen Dank!